



# Zahnloser Integrations-Beirat

Pressemitteilung von Sevim Dagdelen, 23. Mai 2011

**„Heute erklärte Frau Böhmer, sie sei ‚immer‘ für einen Bundesbeirat gewesen. Damit erweist sich die Staatsministerin mal wieder als Lügenbaronin. Denn im Oktober 2008 hatte sie Forderungen nach einem solchen Beirat noch klar zurückgewiesen. Und damit der einst ungewollte Integrationsbeirat dem systematischen Schönreden der eigenen Regierungspolitik nicht in die Quere kommt, ist für eine handverlesene Zusammensetzung und interne Regeln gesorgt worden. Es bedarf nicht eines solchen pseudodemokratischen Sonder-Gremiums, sondern gleicher sozialer und politischer Teilhaberechte“, kommentiert Sevim Dagdelen, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die heutige Konstituierung des Bundesbeirats für Integration. Dagdelen weiter:**

„Die alte Idee eines Beirats habe sich überlebt, so meinte 2008 die Staatsministerin, die euphemistisch auch Integrationsministerin genannt wird. Grund für diese damalige Ablehnung war die ‚Befürchtung‘, ein solcher Beirat könnte die Mängel der staatlichen Integrationspolitik benennen und regelmäßige

Gesetzesverschärfungen im Ausländer- und Staatsangehörigkeitsrecht anprangern. Die Struktur des jetzigen Bundesbeirats stellt jedoch sicher, dass er eine macht- und wirkungslose Institution von Regierungsgnaden sein wird. Eine irgendwie geartete demokratische Legitimation fehlt, alle 32 Mitglieder werden von der Staatsministerin – die ja beraten werden soll – selbst bestellt. Frau Böhmer ist praktischerweise auch die Vorsitzende des Gremiums, und offizielle Verlautbarungen des Beirats sind ihr vorbehalten. Auch wegen der erforderlichen Zwei-Drittel-Mehrheit für Beschlüsse des Beirats und seiner personellen Zusammensetzung sind regierungskritische Stellungnahmen des Beirats praktisch ausgeschlossen.

Während der Beirat also in den Bereich ‚Symbolpolitik‘ fällt, sind die Verschlechterungen des Aufenthalts- und Einbürgerungsrechts der vergangenen Jahre ganz real. Statt symbolhafter Politik brauchen wir eine Politik, die Integration als gleichberechtigte soziale und politische Teilhabe versteht, und hierzu gehört z.B. die radikale Erleichterung von Einbürgerungen und ein Wahlrecht für langjährig hier lebende Menschen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.“